



Dr. Felix Reiff, Verwaltungsratspräsident Bayer Schweiz

Als Verwaltungsratspräsident von Bayer (Schweiz) AG, Zürich, von Bayer CropScience AG, Basel repräsentiert er das Unternehmen gegenüber allen relevanten Anspruchsgruppen in der Schweiz und vertritt Bayer auch in den für das Unternehmen wichtigen Verbänden. Gleichzeitig ist er als CEO von Bayer Consumer Care AG für den internationalen Standort in Basel verantwortlich.

Dr. Felix Reiff stiess im Jahr 2005 als Head of Global Marketing der globalen Consumer Health-Division zu Bayer. 2008 wurde er zum CEO von Bayer in Basel ernannt.

Dr. Felix Reiff ist u.a. Vorstandsmitglied von economiesuisse, scienceindustries und der Handelskammer Deutschland-Schweiz. Felix Reiff ist Jurist und hält einen Dokortitel der Universität Zürich.

Referat Dr. Felix Reiff

«Offenheit für Innovation führt den Werkplatz Schweiz auf die Erfolgsspur zurück.»

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte Sie ebenfalls herzlich zu unserem heutigen Mediengespräch willkommen heissen. Ich repräsentiere ein deutsches Life Science-Unternehmen mit Sitz in der Schweiz. Dieser Umstand hat insofern Bedeutung, als dass unser Mutterhaus in Leverkusen sehr genau verfolgt, was in der Schweiz – auch auf dem politischen Parkett – geschieht. In einem internationalen Unternehmen werden die verschiedenen Standorte immer wieder analysiert. Sie müssen sich im weltweiten Wettbewerb bewähren. Dies gilt auch für unsere Standorte in Basel, Muttenz, Zürich und Bern. Dabei kommt nicht nur den Kosten und der damit verbundenen Produktivität grosse Bedeutung zu, sondern auch den Rahmenbedingungen.

Als Schweizer und VRP von Bayer Schweiz liegt mir der Werkplatz Schweiz auch ganz persönlich am Herzen. Eine Krise, wie wir sie zurzeit erleben, kennen wir seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr. Um Entlassungen und Konkurse zu verhindern, haben Bund und Kantone in den letzten drei Monaten Milliarden an Unterstützungsleistungen gesprochen. Dies ist nur solange möglich, wie eine starke Wirtschaft dafür sorgt, dass genügend Einkommen und damit Steuereinnahmen generiert werden.

Eine starke Wirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen.

Eine starke Wirtschaft ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen auf die Stärken unseres Landes bauen. Dazu gehören nicht nur die politischen, rechtlichen und fiskalischen Rahmenbedingungen, sondern auch – vor allem – unsere Innovationskraft. Wir sind gut beraten, wenn wir die Rahmenbedingungen und unsere Innovationsfähigkeit und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen! Um die Zukunft der Schweizer Wirtschaft langfristig zu sichern und wieder auf die Erfolgsspur zurückzukehren, müssen wir auf unsere Trümpfe setzen: Bildung, Forschung, Liberalität, Offenheit, Rechtssicherheit und Verlässlichkeit.

Die Schweiz ist hoch spezialisiert und in internationale Wertschöpfungsketten integriert. Darauf müssen wir weiter bauen. Nur wenn wir international konkurrenzfähig bleiben, werden wir Arbeitsplätze sichern und das hohe Lohnniveau beibehalten können. economiesuisse hat Ende Mai mit ihrem 8-Punkte-Programm Wege aufgezeigt, wie die Schweiz wieder auf die Erfolgsspur findet. Auch in diesem Programm wird Innovation als wichtiger Treiber aufgeführt.

COVID-19 zeigt eindrücklich die Bedeutung von Forschung & Entwicklung

Die COVID-19-Pandemie belegt eindrücklich die Bedeutung von Forschung & Entwicklung. Wir verfügen in der Schweiz über ausgezeichnete Voraussetzungen auf dem Gebiet Grundlagen- und industrielle Forschung. Um diese Stärken optimal ausspielen zu können und auch bei neuen Technologien an vorderster Front dabei zu sein, sind wir auf forschungsfreundliche Rahmenbedingungen angewiesen. Neue Technologien wie CRISPR/Cas-Methode, Gene Sequencing, etc. bieten grosse Chancen für einen Innovationsschub und eine nachhaltigere Wirtschaft. Eine [Studie von McKinsey](#) spricht von einer «Bio-Revolution» und kommt dabei zum Schluss, dass in den nächsten Jahren gentechnologische Innovationen bis 50 Prozent der wirtschaftlichen Leistung von Unternehmen ausmachen werden und diese Technologie somit einen «competitive advantage» darstellt. Und selbst die Grünen in Deutschland fordern mittlerweile ein Umdenken.

In einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung ist eine Gruppe von prominenten Grünen-Politikern wie folgt zitiert: «Wenn wir uns nicht konstruktiv in den Diskurs über einen neuen Umgang mit Gentechnik einbringen, wird ohne uns die Zukunft diskutiert.» Demnach wollen Grüne aus Bundestag, Europaparlament und Parteibasis eine Änderung der Gentechnik-Regulierung in der Europäischen Union. Die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz können im Bereich Gentechnologie mit dem rasanten globalen Fortschritt nicht mithalten. Der Bundesrat hat im November 2018 eine risikobasierte Anpassung des Rechtsrahmens in Aussicht gestellt. Im Rechtssetzungsprogramm des BAFU 2020-2023 sind jedoch keine geplanten Anpassungen des Gentechnik-Rechts erwähnt.

Dieser Stillstand der politischen Entwicklungen auf einem wissenschaftlichen weltweit so dynamischen Gebiet wird dem Anspruch der Schweiz als führende Wissenschaftsnation nicht gerecht. Die Zurückweisung von neuen Technologien wie Genome Editing ist auch Ausdruck einer abnehmenden Risikobereitschaft. Wer aber führend sein will bei neuen Technologien, muss Risiken managen, nicht vermeiden! Denn andere Nationen schlafen nicht. Wir sind daher gut beraten, wenn wir solch vielversprechende neue Technologien auch in der Schweiz zulassen und die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, dass Innovationen in diesem Bereich in unserem Land stattfinden können.

Als weltweit grösster Hersteller von Pflanzenschutzmitteln stellen wir fest, dass auch beim Thema Pestizide die Zulassungen von neuen nachhaltigen Pflanzenschutzmitteln mit sehr grossen Verzögerungen verbunden sind. Teilweise warten wir seit Jahren auf die Zulassung verschiedener Produkte. Wörter wie «synthetisch» oder «chemisch» scheinen nach wie vor zu polarisieren. Dabei zeigt doch gerade das Beispiel der synthetischen Treibstoffe, dass diese Wahrnehmung falsch ist.

Technologieverbote sind Gift für den Standort Schweiz.

Gerade synthetische Treibstoffe versprechen eine radikale Senkung des CO₂-Ausstosses und gelten damit als wichtiger Baustein für die Lösung des Klimaproblems – eine der grössten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Somit käme es vermutlich niemandem in den Sinn, synthetische Treibstoffe zu verbieten. Wieso soll der Staat aber synthetische Innovationen im Bereich Pflanzenschutz verbieten? Auch beim Pflanzenschutz bieten Innovationen die Chance für nachhaltige Lösungen. Pflanzenschutzhersteller wollen neue, verbesserte Produkte auf den Markt bringen. Doch leider werden Innovationen durch bürokratische Prozesse massiv verzögert. Rechts- und Planungssicherheit sind damit nicht gegeben.

Um innovative, neue Produkte rasch zu den Landwirten zu bringen, sind wir auf eine wissenschaftsfreundliche, unbürokratische Handhabung angewiesen. Man kann nicht Risiken minimieren, ohne neue, verbesserte Produkte zuzulassen! Und dabei müssen wir wissen, dass die Zulassungsbestimmungen für Pflanzenschutzmittel ähnlich streng sind wie bei einem Medikament. Faktenbasierte Entscheidungen müssen die ideologisch gesetzten Hürden verdrängen.

Alle verkauften Produkte erfüllen mindestens die Anforderungen eines OECD-Landes.

Das gilt auch für die von den NGOs immer wieder ins Feld geführten «Double Standards». Landwirtschaftliche Kulturen, Klima und Böden sind auf der ganzen Welt verschieden. Bauern weltweit sind mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert, um ihre Ernten zu schützen. So sehen zum Beispiel Landwirte in Ostafrika, Pakistan oder Russland ihre Felder heute von riesigen Heuschreckenschwärmen bedroht. Das kennen wir in der Schweiz Gott sei Dank nicht. Mit anderen Worten: Die Bedrohungen für Kulturpflanzen sind von Land zu Land verschieden und damit variieren die Ansprüche an Pflanzenschutzmittel. Dem trägt die Agroindustrie Rechnung, indem sie ihr Angebot auf die jeweiligen landesspezifischen Bedürfnisse abstimmt.

Produkte werden dort registriert, wo sie auch benötigt und eingesetzt werden. Wo auch immer die Produkte hergestellt oder verkauft werden, die Gesetze und Vorschriften für die Herstellung und den Vertrieb unserer Produkte sowie der internationale Verhaltenskodex der FAO / WHO für Pflanzenschutzmittel-Management werden eingehalten. Auch werden in Entwicklungsländern nur Produkte verkauft, die mindestens die Anforderungen eines OECD-Landes erfüllen. Wie wir wissen, müssen wir bis im Jahr 2050 rund 10 Milliarden Menschen ernähren. Das ist nur mit einer effizienten Landwirtschaft möglich. Wer etwas gegen den Hunger tun will und wem Entwicklung am Herzen liegt, der muss etwas für den Schutz der landwirtschaftlichen Produktion tun. Und das geht nicht ohne Pflanzenschutzmittel.

Ein Verbot von synthetischen Pflanzenschutzmitteln in der Schweiz wäre sehr widersprüchlich. Wie können wir etwas verbieten, das letztlich sicherstellt, dass die Weltbevölkerung ernährt werden kann. Aus meiner Sicht spiegelt dies eine seltsame Doppelmoral. Mal abgesehen davon, dass es niemandem in den Sinn käme, synthetische Impfstoffe oder Medikamente zu verbieten. Wir müssen synthetische Pflanzenschutzmittel weiter verbessern, doch ein totaler Verzicht darauf wäre für die landwirtschaftliche Produktion eine Katastrophe. Mein Kollege Roman Mazzotta wird anschliessend auf die beiden Agrar-Initiativen im Detail eingehen.

Mit Innovation die Zukunft der Schweiz sichern.

Somit komme ich zum Schluss und appelliere an die Vernunft aller: Wir müssen auf die Stärken unseres Standorts Schweiz bauen. Auf unsere Offenheit auch gegenüber Neuem und vor allem gegenüber Innovationen und neuen Technologien. Denn: Wie wollen wir zu einer nachhaltigen Welt beitragen, wenn nicht mittels Innovationen? Wir können uns zwar gegenüber Innovationen verschliessen oder diese sogar verbieten. Stattfinden werden sie trotzdem – einfach anderswo und ohne dass unser Land davon profitiert.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.